Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 24 (2004)
Heft: 46

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Werner Vontobel

„Reform-Ökonomik“ ohne Ökonomie

Noch ist nicht alles verloren für Thomas Straubhaar und seine neoliberalen Mitstreiter. In ihrem gemeinsamen Buch „*Ökonomik der Reform. Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz*“* beschreiten sie in der Tat neue Wege. Sie nehmen zur Kenntnis, dass die schweizerische Wirklichkeit von politischen Institutionen geprägt ist, dass Menschen nicht nur rein ökonomische, sondern auch politische und gesellschaftliche Präferenzen haben. Offenbar wissen sie nicht, dass diese Binsenwahrheit für alle gilt, aber sie sind wenigstens schon mal bereit, sie für den „Sonderfall Schweiz“ zu akzeptieren. „Schweiz tickt anders - Für den Sonderfall Schweiz sind Pfadabhängigkeiten – also nationale geschichtliche Weichenstellungen, die eine bestimmte Entwicklung vorgespurt haben – besonders wichtig. Pfadabhängigkeiten begrenzen institutionell und mentalitätsmässig den Spielraum für Reformen. Sie können also blockierend wirken.“

Also: Es gibt Institutionen und Mentalitäten, welche die nötigen Reformen blockieren. Was schliessen wir daraus? Da die Reformen – definitionsgemäss – nötig sind, müssen wir die blockierenden Institutionen überwinden. Davon handelt das Buch. Es benennt die blokkierenden Institutionen, nämlich insbesondere die Konkordanz und die direkte Demokratie. Und es nennt die Wege zu ihrer Überwindung: „Problembewusstsein wecken, Leadership fördern, Glaubwürdigkeit herstellen, Verbündete gewinnen, Vetokräfte schwächen, stufenweise vorgehen“ – und eben auch: solche Bücher auf den Markt werfen.

Weitere Einzelheiten zur Ökonomik der Reformen kann man sich sparen. Die ganze Übung macht nämlich nur Sinn, wenn die Reformen, die man herbeiführen will, auch wirklich etwas bringen. Diese Begründung bleibt uns das Buch schuldig. Es setzt voraus, dass die Diskussion um die Notwendigkeit und Richtigkeit der Reformen bereits geführt worden ist und es jetzt nur noch darum gehe, dass das vom gesunden Menschenverstand längst als richtig und logisch Erkannte endlich auch umzusetzen sei. Die Autoren geben sich nicht die Mühe, uns ihre Logik noch einmal zu erklären.

Schade, denn wenn sie es täten, würde rasch klar, dass ihre logischen Schlüsse auf sehr spezifischen und unrealistischen Voraussetzungen beruhen. Sie gründen sich auf ein neoklassisches Theoriegebäude. Diese theoretische Phantasiewelt zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass all die schönen Dinge wie Pfadabhängigkeit, Institutionen, Vetokräfte, Mentalitäten usw. nicht vorkommen. Diese Wörter können Straubhaar und seine Mitstreiter offenbar aussprechen und schreiben, aber noch nicht denken. In der neoklassischen Wirtschaftstheorie, aus der Straubhaar seine Schlüsse zieht, gibt es noch nicht eimal Unternehmen, sondern nur „nutzenmaximierende Einzelpersonen.“

Noch nicht einmal über den Nutzen, den diese Individuen maximieren wollen, hat sich die Theorie nützliche Gedanken gemacht. Sie wollen einfach Wachstum, ohne uns zu verraten, was denn da wachsen und wer davon profitieren soll.

Mit einer Ausnahme: Die Autoren haben ziemlich klare Vorstellungen davon, was nicht wachsen darf – nämlich sämtliche staatlichen Ausgaben. Und sie wissen genau, wer nicht profitieren soll – die Armen und die Schwachen. Im Namen des nationalen Zusammenhalts, so steht zu lesen, seien „immer mehr Ressourcen zu Gunsten schwächerer Teile der Gesellschaft umverteilt worden". Die Schweiz sei zu einer Gesellschaft von blossen Pfründen-Suchern geworden, zu einer „Rent-Seeking Society". Diese Mentalität des Besitzstandwahrens sei der wichtigste Grund für die Wachstumsschwäche der Schweiz.

Das ist interessant. Die Verteidigung des eigenen Besitzstandes ist offenbar keine erlaubte Form der Nutzenmaximierung. Der entscheidende Unterschied aus neoliberaler Sicht liegt darin, dass mit Besitzstandwahrung eine kollektive, politische Nutzenmaximierung gemeint ist, etwa über Gewerkschaften, Parteien oder andere Interessengruppen. Diese kommen in der idealen Welt der neoklassischen Theorie nicht vor und müssen deshalb geschwächt, oder besser: gleich abgeschafft werden. Erlaubt ist bloss individuelle Nutzenmaximierung. Und wie maximiert der neoklassische Retortenmensch seinen Nutzen? Indem er ganz für sich alleine erstens seine Arbeitskraft ständig dem jeweilen meistbietenden vermietet und indem er zweitens für seine Lohnfranken immer das jeweils preisgünstigste Angebot kauft.

Die Autoren haben aber nicht nur ein sehr seltsames Menschenbild, sie haben auch keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen und Grössenordnungen der Schweizer Wirtschaft. In der real existierenden Schweiz verläuft die Umverteilung nämlich genau in die umgekehrte Richtung. Die eigentlichen Rent-Seeker sitzen in den Führungsetagen der Grosskonzerne. Beispielsweise in der UBS, wo sich die zwölf Top-Manager 158 Millionen Franken Lohn genehmigten und gleichzeitig ihren Angestellten die Sozialleistungen kürzten. Für die Autoren ist dies deshalb kein Thema, weil in ihrer eigenen Theoriewelt die Löhne immer das Ergebnis des freien Spiels des Wettbewerbs sind. (Oder vielleicht sind die Löhne der Bankenchefs auch nur deshalb kein Thema, weil die Avenir Suisse weitgehend von den Banken und Grosskonzernen finanziert wird.)

In Wirklichkeit sind aber die Banken und Versicherungen die mit Abstand grösste Rent-Seeking-Gruppe der Schweiz. Die Banken haben durch wiederholte Zusammenschlüsse den Preiswettbewerb weitgehend ausgeschaltet. Zudem operieren sie in Geschäftsfeldern wie Investment Banking und Vermögensverwaltung, in denen der harte Kostenwettbewerb sowieso nie stattgefunden hat. Kein Wunder, weisen doch die Bankdienstleistungen seit 1990 fast dreimal so hohe Preissteigerungsraten auf wie alle anderen Branchen. Für die Versicherungen gilt ähnliches. Das Bundesamt für Privatversicherungen funktioniert wie ein Preiskartell: Es genehmigt nur Tarife, die auch dem schlechtesten Anbieter satte Gewinne garantieren. Beispiel: Sammelstiftungen von Versicherungen kassieren pro Jahr und Versichertem 1500 Franken mehr für Verwaltungs-und Risikokosten als autonome Pensionskassen.

Das läppert sich zusammen. Die Finanzbranche schöpft für jeden der 170'000 Vollzeitjobs im Durchschnitt 250'000 Franken mehr Wert ab als alle anderen Branchen im Schnitt. Das summiert sich zu einer Pfründe von 40 Milliarden Franken, wovon 10 bei ausländischen Kunden kassiert werden. Insge-

samt wird also die Schweizer Wirtschaft durch überteuerte Bankdienstleistungen mit rund 30 Milliarden Franken belastet.

Fast ebenso hoch ist die Monopolrente der Grund- und Immobilienbesitzer. Sie profitieren davon, dass Bauland ein natürliches Monopol ist. Nur so ist es zu erklären, dass wir heute in der Schweiz 20 Milliarden Franken mehr für die Miete bezahlen als 1990, obwohl die Hypozinsen seit damals von 7 auf unter 3 Prozent gesunken sind und die Baukosten nominal leicht gesunken und real sogar 20 Prozent tiefer sind. Weil jedoch die Bodenpreise massiv gestiegen sind, geben wir heute für die Mieten nicht weniger, sondern 20 Milliarden Franken mehr aus als damals. Dazu kommen noch ein paar Milliarden für überteuerte Büromieten, Ladenlokale usw., die ebenfalls auf die Konsumenten überwälzt werden.

Auch der übertriebene Schutz von Patent- und Markenrechten schränkt den Wettbewerb ein und ermöglicht hohe Wertabschöpfungen zu Lasten der Konsumenten. Nach einer Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) werden dadurch die Medikamente in der Schweiz um 20 Prozent (ca. eine Milliarde Franken) und die Automobilimporte um 15 Prozent (ca. 1.2 Milliarden) verteuert. Wettbewerbsbeschränkungen in der Telekommunikation kosten ebenfalls gut eine Milliarde Franken.

Im Vergleich dazu ist das „Rent-Seeking" der schwächeren Teile der Gesellschaft ein ziemlicher Misserfolg. Der von der Avenir Suisse beklagte „rasante Anstieg der staatlichen Wohlfahrtsausgaben" beträgt seit 1990 teuerungsbereinigt gerade mal 5,7 Milliarden Franken. Der Anstieg kommt vor allem von den AHV- und IV-Renten und von der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Von eigentlichen Pfründen kann man in Anbetracht von durchschnittlich 2800 Franken AHV- und 1400 Franken IV-Rente kaum reden. Vor allem aber reicht die bescheidene Zunahme der Sozialausgaben nicht aus, um die Umverteilung von unten nach oben zu bremsen. Seit 1990 ist das reichste Zehntel der Schweizer um 12 Prozent reicher geworden, die ärmere Hälfte um gut 5 Prozent ärmer.

Diese Umverteilung ist mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ergebnis der neoliberalen Reformen, die längst eingeleitet sind, und die Straubhaar und seine Mitstreiter jetzt zu Ende führen wollen. Doch bevor man sich über die Ökonomik dieser Reformen unterhält, sollte man zunächst deren Ökonomie untersuchen: wer gewinnt, wer verliert heute? So wie es aussieht, sind die Verlierer in der überwiegenden Mehrheit.

* H. Rentsch, S. Flückiger, T. Held, Y. Heiniger, T. Straubhaar: Ökonomik der Reform – Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz. Avenir Suisse und HWWA, Orell Füssli, Zürich 2004

Stefan Howald

Sex and the City. Zur Modellierung des Sexuellen im High-Tech-Kapitalismus

Wenn die Sängerin Janet Jackson bei der Fernsehübertragung des Endspiels im American Football ihre Brust entblösst, dann geht ein Aufschrei durch die puritanische US-Nation. Jackson übt sich nachher in Zerknirschung und zählt die Tantiemen ihrer neuen Platte sowie die rekordverdächtigen Nachspielungen ihres Auftritts im Internet.

In Europa scheinen wir weiter zu sein. Schliesslich haben verschiedene Medienzaren ihre Imperien mit Schmudelfernsehen aufgebaut; und die Zürcher und Berliner *Love Parade* haben den enthemmten Körper-Exhibitionismus seit Jahren zelebriert. Für das glamouröse Reden über Sex blicken wir trotzdem auf die USA. „We love *Sex and the City*" verkünden Werbeplakate in Deutschland und der Schweiz, um auf die letzte Staffel der US-Sendung aufmerksam zu machen.

Sex and the City kann als prototypisch gelten. Unmittelbar nach dem 11. September 2001 versprachen erschütterte US-Medienschaffende, es werde alles anders. Katastrophenfilme, von der Wirklichkeit so grausam kopiert und überholt, seien tabu; oberflächlich frivole Sendungen wie *Sex and the City* bedürften einer neuen existenziellen Tiefe.

Die Versprechungen hielten, selbstverständlich, nicht lange an. Eine Fernsehserie wie *24*, die in ihrer ersten Staffel einen paranoiden Grundton durch formale Neuerungen kaschierte, ist in der zweiten Ausgabe zur puren chauvinistischen Paranoia zurückgekehrt, oder vorangeschritten. *Sex and the City* fand nach ein paar Lippenbekenntnissen an eine angeblich grundsätzlich veränderte New Yorker Gesellschaft mit dem üblichen taburitzenden Geplauder und ein paar dezenten Aufnahmen halbnackter Körper seine Fortsetzung.

In den USA hat sich das Rezept nach sechs Staffeln erschöpft, und die Sendung ist eingestellt worden. Dafür hat die Schweiz mit *Flamingo* einen eigenen Ableger von kurzer Dauer gekriegt, dessen Macherinnen sich lautstark vom Vorbild distanzieren, um die eigene Biederkeit zur Tugend zu erheben. Doch bleiben wir weiterhin von öffentlichem Sex umstellt, oder dessen Ankündigung. Bei *Big Brother* verlangt der Druck der Einschaltquoten nach Live-Sex, während die angeblichen Seitensprünge von Fussballstar David Beckham diesem wahlweise als bislang vermisste Menschlichkeit angerechnet werden oder als Grund für die nachlassende sportliche Leistung zu Protesten führen. Den Marktwert steigert beides weiter.

Sexualität aber bleibt ein verwirrliches Unterfangen. In einem äusserst anregenden Beitrag in seinem jüngsten Sammelband setzt sich Wolfgang Fritz Haug mit den „neuen Subjekten des Sexuellen" (S. 179) im jüngsten Stadium des Kapitalismus auseinander. Was wahlweise als Neoliberalismus oder Postfordismus bezeichnet wird, fasst er als *High-Tech-Kapitalismus*, charakterisiert durch die Leittechnologien Informatik und Biotechnologie. Unter dem gleichnamigen Titel versammelt er Aufsätze zu den zentralen Diskussionsfeldern, von der Neuen Ökonomie im/materieller Produkte über den Biokapitalismus bis zur neuen US-amerikanischen Hegemonie. Die „Wandlung von

Subjektions- und Sexualformen" (S. 180) gehört dazu. Die Sexualität fasst Haug als „komplementäre Gegenmacht" (S. 180) zur Rationalität. Umso deutlicher werden darin gesellschaftliche Unbewusstheiten. In Diskussion mit dem Sexualwissenschaftler Volkmar Sigusch über „Neosexualitäten" skizziert Haug dafür eine Forschungsperspektive. Lebensformen müssen in ihrer Eigenlogik begriffen und doch in ihrem gesellschaftlichen Kontext erforscht werden.

Über Jahre hinweg hat Haug die Spur des Sexuellen verfolgt. Bereits in seiner *Kritik der Warenästhetik* von 1971 sowie den folgenden Studien zur kapitalistischen Massenkultur reflektierte er über die Modellierung der Sinnlichkeit durch die Werbung. Im Buch *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts* von 1986 analysierte er die „Sexualität als Übungsfeld der Selbst/Beherrschung". *Ideologische Subjektion der Geschlechterverhältnisse* im Band *Elemente einer Theorie des Ideologischen* von 1993, seinerseits auf einem früheren Vortrag über *Sexualität und Ideologie* basierend, machte grundsätzliche Anmerkungen zur Sexualisierung der Macht: „Der Körper, der männliche Macht zu sein hat, erhält zu diesem ein komplementäres Phantasma, einen anderen Körper, schillernd zwischen Objekt der Begierde und der Unterwerfung. In entwickelten Zivilgesellschaften hängen diese Phantasmen schwül über einer kläglich diskrepanten sozialen Welt, in die sich, je diskrepanter desto flagranter, der Blitz männlicher Gewalt entlädt." Der jüngste Beitrag im Band *High-Tech-Kapitalismus* setzt sich nun mit den neusten Entwicklungen in den zerklüfteten westlichen Zivilgesellschaften auseinander.

Die Leitfrage für die Subjektivierung bleibt: Wie wird man, bleibt man, handlungsfähig? Das bezeichnet eine Überlebensnotwendigkeit, ermöglicht aber auch den Ansatzpunkt, die Einordung in die Gesellschaft kritisch zu befragen. Daran schliesst sich die Frage an, wie sich die Modellierung des Sexuellen zu der des Subjekts verhält. Haug rekonstruiert zuerst historische Ausprägungen. Den Zeitraum von 1850 bis 1950 fasst er als Zeitalter der Sexualfeindschaft samt ihren veräusserlichten Triebabfuhren. Mit unerwarteten Konsequenzen. „Die Unterdrückung der Sexualität sexualisiert die Unterdrükkung. Die Selbstunterdrückung wird mit Fremdunterwerfung belohnt." (S. 185). Oder, sozial gesehen: „Die Lust hatte Klassencharakter. Sie war nur zu geniessen in der Form ihrer Unterwerfung." (S. 186)

Seither hat sich, in unterschiedlichem Tempo, vollzogen, was oberflächlich als sexuelle Liberalisierung bezeichnet wird. Sie bleibt an andere gesellschaftliche Entwicklungen gekoppelt. „Mit aller Vorsicht [...] lassen sich [...] die neuen Sexualitätsformen als Korrespondenzen der aktuellen Subjektionsformen begreifen, die mit dem Wandel der Produktionsweise virulent geworden sind." (S. 180) Das heisst, die Konsequenzen des Neoliberalismus wirken sich auch im Sexuellen aus. „Auf dem weitgehend deregulierten Markt des Begehrens und seiner Bilder selektieren sich die Individuen selbst. [...] Die Triebökonomie wird unter diesem Vorzeichen sportiv überformt." (S. 186) Der Manager des Selbst wird zum Manager des Geschlechts. Haug gebraucht für den neuen Typus, in Fortführung der „Dialektik der Aufklärung" von Adorno/Horkheimer, das Bild vom losgebundenen Odysseus, der von allen Seiten von Versuchungen umdient wird: „Odysseus mag den Sirenengesängen nachgehen, sofern er rechtzeitig wieder

zur Stelle und in Hochform ist. Wo die Leistung über die Lust herrscht, ist das Subjekt in Ordnung. Wo die Lust über die Leistung herrscht, fällt es in eine Unordnung, die es für Herrschaft disqualifiziert." (S. 186f.)

Aber Haug warnt vor vorschnellen Ableitungen und Reduktionen. Ein erster Vorbehalt: Womöglich ist das öffentliche Reden und das öffentliche Zeigen anders als das Tun. Zudem lehrt der historische Vergleich, vermeintlich neue Formen nicht umstandslos als Niedergangsformen zu begreifen. Drittens bleibt jenseits des Sexualmarktes die „Gemeinschaft der Sexuallust" (S. 194) konkreter Individuen. Auch sie allerdings wäre als der hypostasierte „Ausnahmezustand" in negativer Dialektik an die Gesellschaft gebunden, von der sie sich abstossen will. „Die Liebe braucht einen zweiten Brennpunkt" (S. 195), fordert Haug und formuliert ihn probeweise als gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen.

Wolfgang Fritz Haug: High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie. Argument Verlag, Hamburg 2003. 320 Seiten, Fr.33.-

Brigitta Bernet

Deregulierung und Depression. Eine Forschungsnotitz

Der Begriff „Depression" ist mehrdeutig. Er bezeichnet sowohl einen individuellen als auch einen sozio-ökonomischen Tiefpunkt. Nicht nur Volkswirtschaften, sondern auch Individuen können bekanntlich in eine Depression geraten. Es sind die schwankenden Konjunkturzyklen und Baissen im Kurvendiagramm der Wirtschaftswissenschaften, die als Interpretationsmodell psychischen Leidens dienen. Gleichzeitig sind wirtschaftliche Krisen immer schon anthropomorphisiert. Die Deutungen von sozialen und psychischen Krisen greifen ineinander. Wie aber könnte dieses Verhältnis gefasst werden, wenn die Frage nicht vor allem auf die Deutung, sondern auf die Entstehung psychischer Krankheit zielte?

Zwei neue programmatische Aufsätze bieten sich zur Beantwortung dieser Frage an. Nicht ganz zufällig stammt der eine von Axel Honneth, Leiter des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Es war schon bei der Institutsgründung ein Postulat, Psychologie und Soziologie zwar getrennt voneinander zu erforschen, deren Erkenntnisse aber in einem zweiten Schritt wieder miteinander zu verknüpfen. Mit dem Beitrag *„Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung"* (2002) legt Honneth nun eine Neufassung dieses Ansatzes vor. Ausgehend von Simmels Analysen skizziert er zuerst allgemein den Wandlungsprozess moderner Gesellschaften und zeigt, dass die Zunahme „äusserer" Eigenschaften, die Individuen im Prozess sozialer Differenzierung erlangten, Hand in Hand ging mit einer Steigerung der „inneren" Eigenleistungen der Subjekte. Diese „Individualisierung" präsentiert sich jedoch als Paradox.

Die Emanzipation von traditionellen Bindungen sowie die Zunahme von Wahlfreiheit und Autonomie wurden lange als fortschrittlich gewertet, da sie eine Steigerung der Chancen selbstverantwortlicher Lebensführung bedeuteten. In den 1960er und 70er Jahren verkörperten „Autonomie" und „Authentizität" in diesem Sinne ein Ideal, das man gegen den Konformitätszwang gesellschaftlicher Schlüsselinstitutionen wie Schule, Psychiatrie oder Gefängnis verteidigte. Seit der neoliberalen Wende jedoch, so Honneths These, hätte ein „Umschlag des Ideals der Selbstverwirklichung in ein Zwangsverhältnis" stattgefunden (S.156). Man müsse von einem gegenwärtigen „Zwang zur Selbstverwirklichung" sprechen. Im Zuge der Umstrukturierungen, die in den achtziger Jahren den Produktions- und Dienstleistungssektor westlicher Länder erfassten, habe sich das vormalige Ideal zur „Ideologie und Produktivkraft eines deregulierten Wirtschaftssystems" verkehrt (S.154). Die Ansprüche, die die Subjekte zuvor ausgebildet hätten, kehrten nun als diffuse äussere Forderungen zu ihnen zurück. Ein Verkehrungsprozess, der nicht nur soziale, sondern auch psychische Folgen habe: „Das Resultat dieses paradoxalen Umschlags, in dem jene Prozesse, die einmal eine Steigerung qualitativer Freiheit versprachen, nun mehr zur Ideologie der Deinstitutionalisierung geworden sind, ist die Entstehung einer Vielzahl von individuellen Symptomen innerer Leere, Sich-Überflüssig-Fühlens und Bestimmungslosigkeit." (S.146)

Eine „fatigue d'être soi" mache sich breit, wie Honneth im Rückgriff auf den französischen Soziologen Alain Ehrenberg argumentiert. Viele Menschen reagieren auf diese Über-Forderungen mittlerweile mit einer „Flucht in die depressive Erkrankung." Die beispiellose Konjunktur chemischer Antidepressiva und die wachsende Zahl von therapeutischen Berufen bilden Indikatoren dieser beunruhigenden Entwicklung. Honneths Verknüpfungsversuch von psychologischen und soziologischen Erkenntnissen bietet wichtige Parameter zur weiteren Analyse des Verhältnisses von Sozial- und Individualstruktur. Insofern kommt dem Beitrag ein programmatischer Charakter zu. Es fällt allerdings auf, dass die beiden Ebenen unterschiedlich genau ausgearbeitet sind: So präzis Honneth die „Individualisierung" in modernen Gesellschaften der letzten Jahrzehnte darlegt, so vage ist die psychologische Terminologie. Besonders problematisch ist der mehr analogisierende als analysierende Kausalnexus, den Honneth zwischen Deregulierung und Depression zieht.

Eine etwas andere Sichtweise auf einen ähnlichen Gegenstand stammt von der Soziologin Monica Greco, die in ihrem Aufsatz *„Homo Vacuus. Alexithymie und das neoliberale Gebot des Selbstseins"* (2000) dem Zusammenspiel von „neoliberalem Klima" und der Entstehung neuer Krankheitskategorien nachgeht. Ihr Gegenstand ist ein in den 1970er Jahren „konstruiertes" und sich seither verbreitendes psychosomatisches Leiden; die Alexithymie: a-(Fehlen), lexis-(Wort), thymos-(Stimmung, Gefühl), also die „Schwierigkeit, Gefühle wahrzunehmen und zu beschreiben" oder „sich selbst auszusprechen." Das Krankheitsbild betont die enge Bindung der Betroffenen an soziale Normen bzw. ihre „Normalität." Die klinische Beschreibung spricht von Personen ohne Inneres, die „präsent, aber leer" seien, von „Normopathen." Gegenstand und Ausgangspunkt der Untersuchung ist also der psychosomatische Expertendiskurs, in dem Alexithymie in den 1970ern auftaucht.

Mit Rekurs auf Elias und Foucault richtet sich Greco in einem ersten Schritt auf die „Genealogie der Beziehung zu sich selbst" und hebt mit der Frage an, wofür das Konstrukt der Alexithymie *selber* symptomatisch sei. Seine junge Geschichte verweise, so Greco, vor allem auf das gesteigerte Ausmass, „in dem westliche Kulturen Subjektivität mit der Dimension des Inneren identifizieren." (S.271) Eine „Authentizitätsindustrie" aus Bekenntnisliteratur und einschlägigen TV-Shows verfolge heute die Kultivierung dieses Innenraums und befördere die Vorstellung eines Nebeneinanders von sozialer Rolle und privatem Selbst. Folge man nun den ärztlichen Beschreibungen, so zeige sich, dass den AlexithymikerInnen diese Möglichkeit des Rückzugs ins Private und die so gewährte Flexibilität fehlten. In einem zweiten Schritt führt Greco das beschriebene Ensemble von Ansprüchen auf seine sozialen Entstehungsbedingungen bzw. auf ein „neoliberales Gebot des Selbstseins" zurück.

Dem englischen Soziologen Nikolas Rose gemäss herrsche in den zeitgenössischen neoliberalen Politiken ein „Klima," das die Menschen „zwingt, frei zu sein" und das für Alexithymie quasi die Negativfolie bilde. Als neue Kategorie medizinischen Denkens widerspiegelt das Konstrukt also einerseits eine neoliberale Erwartungshaltung und trägt andererseits zur Reproduktion genau dieser Erwartungshaltung – und damit zum beschriebenen „neoliberalen Klima"– bei. Kaum etwas bringt jedenfalls das Spannungsverhältnis zwischen individueller Normenorientierung und sozialer Deregulierung besser auf den Punkt als der Ausdruck des „Normopathen."

Grecos Analysen sind insgesamt äusserst erhellend. Die Beschränkung auf den Expertendiskurs, die den Zusammenhang zwischen Alexithymie und der Genese somatischer Krankheiten ausblendet, trägt zum Verständnis der Argumentation bei. Ein klares Manko ist jedoch, dass der Aufsatz gänzlich auf die Analysekategorie Geschlecht verzichtet. Das ist bei einem Krankheitsbild, welches sich durch „Selbstlosigkeit" und versperrte Rückzugsmöglichkeit in eine „häusliche Basis" (S.273) auszeichnet, nicht verständlich.

Wie die Sammelbände „Befreiung aus der Mündigkeit" und „Gouvernementalität der Gegenwart" insgesamt, skizzieren diese beiden Aufsätze neue Fragestellungen und Wege, wie eine „interdisziplinäre Sozialfoschung wiederzubeleben" (2002, 11) ist. Seit Januar 2004 arbeitet Monica Greco übrigens am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Auf die Resultate dieser Zusammenarbeit darf man gespannt sein.

Axel Honneth: Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung. In: Ders. (Hg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2002

Monica Greco: Homo Vacuus. Alexithymie und das neoliberale Gebot des Selbstseins. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gourvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Suhrkamp, Frankfurt/M. 2000

Mario Candeias: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Argument, Hamburg, 2004 (ca. 400 S., ca. 24 €)

Landauf, landab werden die Krise des fordistischen Sozialstaates beklagt, die „fortbestehenden Inkohärenzen und Instabilitäten der neuen Situation" herausgestellt. „Bislang sei es keiner Koalition gesellschaftlicher Gruppen gelungen, dem sich herausbildenden postfordistischen Akkumulationsregime eine entsprechende Regulationsweise zur Seite zu stellen", gesellschaftliche Widersprüche „stillzulegen". In dieser Suche nach einem dem Fordismus vergleichbaren „gleichgewichtigen" Vergesellschaftungsmodus verortet der Autor eine der entscheidenden Schwächen der Linken: Das Neue nur als Dekonstruktion alter gesellschaftlicher Formen zu begreifen, nicht seine eigene Qualität und Widersprüchlichkeit ins Zentrum zu rücken. Der regulationstheoretische Kohärenzbegriff werde zu eng gefasst: „Eine derart enge Kohärenz zwischen Kapitalverwertung und Reproduktion der Arbeiterklasse, zwischen Produktivitätsfortschritten und Lohnsteigerungen ist eine in der historischen Entwicklung des Kapitalismus seltene Konstellation und doch bildet sie die Folie, vor der das Neue bislang kategorisiert wird." (S. 14) So aber bleibe es weitgehend unverstanden.

Der Autor versucht daher, die entscheidenden Elemente einer transnationalen Produktions- und Lebensweise, der damit verbundenen gesellschaftlichen Verschiebungen und Formen, in ihrem Zusammenwirken zu analysieren, um das Gemeinsame und die Wechselwirkungen der Veränderungen kenntlich zu machen. Mit Marx kehrt er dabei die Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit der Verhältnisse heraus, mit Gramsci die Art und Weise ihrer hegemonialen Regulation. Entscheidend ist nicht die Stilllegung oder Lösung von Widersprüchen, vielmehr sind sie in einer Weise „bearbeitbar" zu machen, dass sie beherrschbar bleiben. „Ein solcher Begriff von Hegemonie fragt also nicht nach der Stabilität einer bestimmten Ordnung als vielmehr nach der bestimmenden Entwicklungsrichtung der Bearbeitung von Widersprüchen." (S. 69) Hegemonie wird nicht als Zustand, als „Fertiges" begriffen, sie wird prozessual in ihrem „Entstehungsprozess begleitet" (Marx). Im Anschluss an Wolfgang Fritz Haug ist sie „das Umkämpfte *und* das Medium des Kampfes" zugleich. Für eine solche dynamische Analyse bedarf es der Rekonstruktion der entscheidenden theoretischen Instrumente. In seiner Kritik an regulationstheoretischen Ansätzen, denen er sich nichtsdestoweniger verbunden sieht, zielt der Autor auf die verbreitete Rede von der vermeintlichen Entwicklung nur „abstrakter Bewegungsgesetze" durch Marx. Er rekonstruiert den marxschen Formbegriff in der Perspektive möglicher Periodisierung von Produktionsweisen und fasst die unterschiedlichen „geschichtliche(n) Formen gesellschaftlicher Verhältnisse als das Ergebnis konkreter Praxis der gesellschaftlichen Subjekte". (S. 34)

Vor diesem Hintergrund entwickelt er eine Handlungstheorie, welche die schematische Entgegensetzung von Struktur und Subjekt auflöst und zugleich einen entscheidenden blinden Fleck der Regulationstheorie zu füllen vermag, nämlich die Herausbildung und Durchsetzung hegemonialer Projekte durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Mit dem von Bourdieu entlehnten aber modifizierten Begriff des Habitus wird die Entwicklung gesellschaft-

licher Verhältnisse mit neuen Formen der Subjektkonstitution zusammengebracht. „Der Habitus im Sinne einer gesellschaftlichen Individualitätsform formt das Subjekt, determiniert es nicht. Diese Sicht wendet sich gegen „eine verbreitete sozialisationstheoretische Annahme, dass die Menschen bloß Vollstrecker von Rollen, Erfüller von Normen und Erwartungen seien" (Frigga Haug 1983, 16). Sie stellt vielmehr die Selbsttätigkeit der Subjekte innerhalb gesellschaftlicher Strukturen in den Vordergrund. „Der Habitus setzt bestimmte Handlungsbeschränkungen, aber in diesen Beschränkungen gleichzeitig eine Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten." Dies ist der Bereich der individuellen Autonomie.

Damit unterliegen Subjektivierungsprozesse immer dem Doppelcharakter von Unterwerfung und Selbstkonstitution. Jedes gesellschaftliche Individuum ist – anders als bei Bourdieu – zugleich differenziell artikuliert, „vereint also mehrere Habitusformen in sich, die durchaus widersprüchlich zueinander stehen können". In diesen Widersprüchen entsteht eine potentiell widerständige Haltung des Subjekts. Den komplexen Prozess, in dem diese widersprüchlichen Formen unterschiedlicher Habitus 'kohärent' gemacht werden müssen, um sie lebbar zu gestalten", bezeichnet der Autor im Anschluss an Foucault „als Subjektivation, als Produktionsprozess des Subjekts wie seiner Unterwerfung in und durch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse". Gegen Foucault betont der Autor aber die aufgrund der Widersprüche immer unvollständige Subjektivation. Er zielt auf individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit: „Das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" sind „keine nur verfügende, sondern zugleich verfügbare Anordnungen". (S. 65)

Im Anschluss daran beschreibt Candeias, wie gesellschaftliche Regulation als „Prozess ohne steuerndes Subjekt" (Hirsch) über die Durchsetzung hegemonialer Projekte in gesellschaftlichen Kämpfen täglich aufs neue produziert werden muss. Er vermeidet sowohl strukturalistische wie voluntaristische Kurzschlüsse. „Die konsensuelle Unterwerfung erfolgt in und durch den Konflikt (Bourdieu). In einem solchen Projekt müssen sich die Bedürfnisse und Interessen der Subjekte redefinieren lassen, damit es von den Subjekten gewollt und aktiv angestrebt wird. Ohne das aktive Element der Zustimmung würde sich Hegemonie auf Zwang und Gewalt reduzieren." (S. 67) Daran anschliessend wird herausgearbeitet, wie Zwang und Konsens auf Ebene von Zivil- und politischer Gesellschaft, im integralen Staat und der „integralen Ökonomie" organisiert werden. Ausführlich wird zitiert, kritisiert, auseinander genommen und wieder neu zusammengesetzt: Althusser, Marx, Aglietta, Lipietz, Bourdieu, Holzkamp, Foucault, Haug, Butler, Poulantzas, viele andere mehr und immer wieder Gramsci. Kein postmoderner Mix, sondern sorgfältig gearbeitete marxistische Theorieentwicklung in konzentrierter Form.

Im zweiten Teil der Arbeit wird die Theorie nicht einfach empirisch überprüft, sondern an konkreten gesellschaftlichen Veränderungen kategorial weiterentwickelt. Gezeigt wird, wie sich unter neoliberaler Hegemonie transnational eine neue Produktions- und Lebensweise etabliert. Die neoliberale Ideologieproduktion fungiert dabei als das organisierende Element einer krisenhaften Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse. Ideologie meint dabei keine Art falsches Bewusstsein, ist vielmehr eine „Form der Rationalisierung", in der gesellschaftliche Reali-

tät neue Definitionen erfährt (Hauser), bezeichnet also eine Realität der verkehrten gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich im Alltagsverstand einnistet, damit Teil der „gegenständlichen Wahrheit" (Marx) wird. Ausführlich werden die Leistungen und Borniertheiten neoliberaler Theorie analysiert, bevor zu den grundlegenden Feldern der Transformation vorgedrungen wird. Vermittelt über gesellschaftliche Auseinandersetzungen kommt es zur Durchsetzung eines globalen Finanzkapitalismus, als spezifischer Kompromiss zwischen zinstragendem und produktivem Kapital. Der Autor zeigt, wie trotz fortgesetzter Instabilitäten durch ein flexibles Krisenmanagement „ein Übergreifen bestandsgefährdender Finanzkrisen auf die Zentren" vermieden wird, via räumlicher und zeitlicher Externalisierung und Sozialisierung – eine Form der Politik, „die die Krise absorbiert, indem sie sie organisiert". (S. 81) Instabilitäten werden zugleich für Spekulationsgeschäfte genutzt, v.a. aber zur weiteren Desorganisation gegnerischer Kräfte. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Form der Integration der asiatischen Semi-Peripherien, in denen sich ein „peripherer Neoliberalismus" entwickelt hat.

Dies beschreibt bereits einen Teil der Etablierung transnationaler Produktionsnetze auf Basis eines „hochtechnologischen Paradigmas der Produktion". Zentral sind die „Repositionierung des Wissens der unmittelbaren Produzenten im Arbeitsprozess", ein verändertes Verhältnis von Kontrolle und Autonomie, widersprüchliche Prozesse der De- und Requalifikation und die Schaffung eines „neuen Arbeiter- und Menschentypus". Die „reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapitalverhältnis" erreicht „eine historisch-qualitative neue Stufe. Die Ausbeutung abhängiger Arbeit durch das Kapital wird durch Delegation auf das arbeitende Subjekt in Richtung 'Selbstausbeutung' verschoben. Der Grad der Selbstausbeutung und der Autonomie ist dabei umkämpft". (S. 245) Eine im Alltagsverstand verankerte „Kultur des Marktes" (Gill) sichert und ergänzt das neue „psycho-physische Gleichgewicht". Gleichzeitig verallgemeinern sich Prozesse der Prekarisierung der Arbeit. Tendenziell fügt sich beides im Aufbau einer „polarisierten Dienstleistungsökonomie", in der „die kaufkräftige Nachfrage der wohlhabenden Haushalte nach konsumorientierten Dienstleistungen auf ein Angebot billiger Arbeitskräfte" trifft.

Eine entscheidende Voraussetzung und Folge zugleich ist (im Anschluss an Frigga Haug) die Reorganisation der „Geschlechterverhältnisse als globale Produktionsverhältnisse". Ausführlich setzt sich der Autor mit feministischer Theorie auseinander, analysiert die Inwertsetzung weiblicher Arbeitskraft, die Veränderungen der Familienformen, des Verhältnisses von Produktion/Reproduktion. Indem die Reorganisation der Geschlechterverhältnisse nicht als Folge von Globalisierung, sondern als deren konstitutiver Bestandteil gefasst wird, Kämpfe um gesellschaftliche und geschlechtliche Arbeitsteilung in den Mittelpunkt gerückt werden, figurieren Frauen nicht als simple Opfer, vielmehr als aktive Subjekte. Auf diese Weise werden die Verwobenheit von Klasse, „Rasse" und Geschlecht, die damit verbundenen neuen Spaltungen – auch zwischen Frauen – lebendig. In diesen beiden Kapiteln wird ein weites Verständnis gesellschaftlich notwendiger Arbeit deutlich, indem die starren Grenzen zwischen Produktion und Reproduktion aufgehoben werden, entscheidend ist dagegen die gesellschaftliche Organisationsform der jeweiligen Arbeit.

Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse ist die Grundlage für einen „gesellschaftlichen Kompromiss der 'neuen Mitte'" und die Einbindung ehemals oppositioneller Gruppen. Die letzten Reste des fordistischen Wohlfahrtsstaates werden zersetzt und ein transnationaler Wettbewerbsstaat wird eingerichtet. Am Beispiel der Umweltbewegung wird gezeigt, wie oppositionelle Gruppen auf transnationaler Ebene über den Rio-Prozess und das Trips-Abkommen in den herrschenden Block an der Macht integriert werden. Der Begriff des Transnationalen ist dabei kein Synonym für inter- oder supranational. Mit Henk Overbeek fasst der Autor „transnationale Prozesse" als solche, „die simultan in subnationalen, nationalen und internationalen Arenen stattfinden" (S. 320), also quer zu den üblichen Raumdimensionen verlaufen, widersprüchlich und komplementär zugleich – luzide und umfangreich belegt anhand von Konvergenzprozessen nationaler Workfare-Regime, dem Verlauf der europäischen Integration und Prozessen der Regionalisierung. Auch hier steht Arbeit wieder im Mittelpunkt, ihre Rekommodifizierung im neoliberalen Workfare-Staat. Der Fokus liegt immer auf den Bruchpunkten der Verschiebung von Kräfteverhältnissen, auf der Produktion neuer geschichtlicher Formen gesellschaftlicher Verhältnisse, auf dem Prozessieren der Widersprüche und der damit verbundenen Neujustierung des hegemonialen Projekts. Hegemonie ist hier nichts hermetisches, bleibt nie abgeschlossen, hat ihre Grenzen.

Der geschichtliche Block des Neoliberalismus kann sich trotz seiner antisozialen Politik dabei auf aktive und passive Zustimmung stützen, weil er die Interessen subordinierter Gruppen aufnimmt, ihre Ziele allerdings verrückt. Seine schmalere gesellschaftliche Basis und geringere Kohärenz verleiht zugleich dem Zwang größere Bedeutung, macht Krieg und Gewalt notwendig, um Krisen zu bändigen. Die Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche erfolgt dabei durch die Reartikulation des herrschenden Projektes vom konservativ-liberalen über den sozialdemokratischen zum „autoritären Neoliberalismus". Doch letztlich produziert die Verdichtung von Widersprüchen Risse in der hegemonialen Apparatur, die Konturen eines „Post-Neoliberalismus" sichtbar werden lassen. Analysiert werden aber auch andere Gegenkräfte: Neofaschismus und islamistischer Terrorismus. Für einen embryonalen anti-hegemonialen Block ist die Analyse der Bedingungen neoliberaler Hegemonie daher unverzichtbar, nicht vor der Folie des Alten, sondern ausgehend von der eigenen Qualität und Dynamik des Neuen.

Es ist hier nicht der Raum, die vielfältigen Aspekte der veränderten Produktions- und Lebensweise, der begrifflichen Weiterentwicklungen und zugespitzten politischen Schlussfolgerungen dieses nicht nur voluminösen, sondern auch anspruchsvollen Buches auszubreiten. Geboten wird eine umfassende Sicht auf ein widersprüchliches Ganzes gesellschaftlicher Entwicklung, eine große Erzählung, die auch das Detail nicht scheut – nur so lässt sich die Kohärenz der Veränderungen zureichend einschätzen: nicht mehr, aber auch nicht weniger als die „Grundrisse" einer Kritik neoliberaler kapitalistischer Vergesellschaftung.

Norman Lübke

Thomas Kesselring: Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung. C.H. Beck-Verlag, München 2003 (320 S., Fr. 42.–)

Der Entwicklungsdiskurs, der jahrzehntelang die Konzeptionen internationaler Politik bestimmt hat, ist in den neunziger Jahren durch einen ebenso kurzsichtigen und schönfärberischen Globalisierungsdiskurs abgelöst worden. Im Mittelpunkt der Debatten, welche er provoziert hat, steht seither die Frage nach den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung. Wie kann in diesem Kontext – und nach fünf Entwicklungsdekaden mit zumindest zwiespältigen Ergebnissen – ein ethisch gehaltvolles Konzept von Gerechtigkeit aussehen, das der Komplexität der Sachlage Rechnung trägt und zugleich praxisrelevant ist, das heisst, gegenwärtige Entwicklungsanstrengungen zu begründen und kritisch zu beurteilen erlaubt? Der in Bern lehrende Thomas Kesselring versucht diesen Balanceakt, indem er auf dem Hintergrund philosophischer Ethiken Tatsachen und Trends der heutigen Weltwirtschaft analysiert und darauf bezogene entwicklungspolitische Lösungen diskutiert.

Im ersten Teil seines Buchs rekonstruiert er die philosophischen Debatten, welche vornehmlich im angelsächsischen Raum seit den sechziger Jahren im Blick auf die Überwindung von Armut und weltweiter Ungleichheit geführt wurden. Kesselring wägt Vor- und Nachteile verschiedenster Ansätze zur Begründung von (privater wie öffentlicher) Entwicklungs- und Nothilfe gegeneinander ab. Dem Utilitarismus eines Peter Singer mangle es an Kriterien zur Beurteilung legitimer Hilfe, der kantianischen Pflichtethik einer Onora O'Neill umgekehrt fehle die Berücksichtigung der Handlungsfolgen. Bei der Orientierung an Grundrechten schliesslich ist kontrovers, welche als massgebend zu betrachten sind: ob auf Wettbewerb und Tausch ausgerichtete Rechte (Eigentum), wie sie der Wirtschaftsliberalismus eines Robert Nozick privilegiert, Subsistenz- oder Sicherheitsrechte, wie sie z.B. Henry Shue als grundlegend ansieht, oder solche der sozialen Kooperation (John Rawls).

Mit der letzteren Position hält der Autor grundsätzlich fest, menschliches Zusammenleben sei auf Fairness, nicht lediglich auf die Maximierung des Eigennutzens gebaut (S.67). Gegenüber der Rawls'schen Theorie der Gerechtigkeit, die den politischen Partizipationsrechten Vorrang vor der Sicherung der Grundbedürfnisse einräumt, führt er aber auch die Argumente von Amartya Sen und Martha Nussbaum für eine Priorisierung der „realen Freiheiten" der Menschen ins Feld. Durch Entwicklungspolitik zu fördern sind die „Fähigkeiten und gesellschaftlich bedingten Möglichkeiten (*capabilities* und *opportunities*), über die eine Person *wirklich* und nicht nur *de jure* verfügt" (S.100).

Im zweiten, stärker empirisch ausgerichteten Teil des Buchs werden die wichtigsten Kontroversen der letzten Jahrzehnte auf der Ebene der effektiven Entwicklungsstrategien resümiert: diejenige zwischen Modernisierungs- und Dependenztheoretikern, jene um Freihandel und Protektionismus und jene um die ökologischen Grenzen des Wachstums. Dabei wird die Dependenztheorie vielleicht etwas gar schnell als historisch erledigt betrachtet, wirken doch ihre grundlegenden Einsichten in den Debatten um die Schuldenfrage, die Bretton-Woods-Institutionen und die neoliberale Welthandelspolitik, vor allem aber auch in der Suche nach andern Globalisierungsmodellen (in der Bewegung der *Weltsozialforen*) weiter.

Im Blick auf die Handelspolitik plädiert Kesselring für eine differenzierte Sichtweise, die zwischen dem internationalen Austausch von materiellen Gütern und Kapital einerseits und demjenigen von Informationen, Wissen und Kultur andererseits unterscheidet. Ersterer bedrohe die Vielfalt und begünstige die Konzentration von Reichtum in wenigen Händen, während bei den prinzipiell nicht begrenzten Gütern eine gegenteilige Wirkung eintrete. Auch im Kapitel über die Umwelt-Dimension sind ähnliche Unterscheidungen zu finden, mit denen der Autor dem Zielkonflikt von nachhaltiger und „nachholender" Entwicklung, das heisst zwischen Ökologie und Chancengleichheit für die armen Länder im Ressourcenverbrauch beizukommen sucht.

Es gelingt Kesselring, auch in den anspruchsvolleren Teilen theoretische Argumentationen durch anschauliche Beispiele verständlich zu machen und auf praxisrelevante Fragen herunterzubrechen. Die Kontroversen um entwicklungsethische Ansätze zeichnet er sorgfältig nach. Erstaunlich wenig Beachtung schenkt er allerdings der Klärung des Globalisierungsbegriffs und dem entwicklungspolitischen Paradigmenwandel, der durch seine Einführung eingeleitet wurde. Nur am Rande streift er, wo er den Begriff der „Effizienz" untersucht, ausserdem die Fragen nach den (nicht-intentionalen) gesellschaftlichen Wirkungen und systemischen Folgen einer Rationalität, die auf abstrakter Effizienzsteigerung und Kosten-Nutzen-Kalkül bzw. Gewinnmaximierung basiert. Nicht den Grundlagen des gegenwärtig dominierenden Systems, sondern der Besserstellung seiner Opfer gilt sein Hauptaugenmerk.

So schliesst sein Buch mit Überlegungen zur *Verteilungsgerechtigkeit* und zur *Entwicklungsfinanzierung*. In einer Weiterentwicklung von Rawls' „Differenzprinzip", welche dieses – unter Einschluss der Umweltgerechtigkeit – auch auf internationaler Ebene zur Geltung bringt, plädiert er für eine Entwicklungspolitik, die sich am Los der am meisten Benachteiligten orientiert. Zur Finanzierung diskutiert er Vorschläge wie den einer Rohstoffverbrauchsdividende, den einer Devisentransaktionssteuer (Tobin Tax) und die Möglichkeit einer Besteuerung von Patenteinkünften.

Zum Schluss kommt er auf die Frage nach dem Vorrang politischer oder wirtschaftlicher Grundrechte zurück, die zwischen Autoren wie Rawls und Sen oder Habermas kontrovers ist. Seine Antwort integriert beide Aspekte überzeugend: „Eine Gesellschaft stellt im Kern eine Produktionsgemeinschaft dar, in der alle für das Gesamtresultat mitverantwortlich sind und in der deshalb auch alle berechtigt sein müssen, über die Verwendung des Sozialprodukts mitzuentscheiden" (S. 258).

Beat Dietschy

Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004 (320 S., 24.80 Euro)

Sowohl für die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung als auch für kritische Sozialwissenschaftler/innen wird es immer wichtiger, die nationalen Grenzen und sprachlichen Barrieren der analytischen und politischen Diskussionen zu überwinden. Der von Christian Zeller herausgegebene Sammelband leistet dazu einen wertvollen Beitrag. Neben dem Herausgeber, der bei ATTAC Schweiz und in der Antikriegsbewegung engagiert ist, kommen Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von ATTAC Frankreich zu Wort, die im deutschsprachigen Raum noch wenig bekannt sind (F. Chesnais, M. Husson, C. Serfati und S. Treillet), sowie ein Vertreter der amerikanischen Linken (D. Harvey).

Im Zentrum der Diskussion steht die Analyse der aktuellen Phase des Kapitalismus, die in den Protestbewegungen als Globalisierung bezeichnet und in den Medien seit Jahren kontrovers diskutiert wird. Konstatiert wird, dass im Vergleich mit der wirtschaftlichen Expansionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg heute verschiedene Formen von Enteignungsprozessen an Bedeutung gewinnen und der räuberische Charakter der Herrschaft des Kapitals immer deutlicher hervortritt. Der Krieg ist nur die brutalste Form, in der unzählige Menschen von ihren Rechten und dem Zugang zu lebenswichtigen Gütern enteignet werden. Die Privatisierungen, die Ausdehnung kapitalistischer Eigentumsrechte auf weltweiter Ebene, die Fusionen und Übernahmen sowie die Stärkung des Patentrechts (*intellectual property rights*) dienen ebenfalls dazu, solche Enteignungen zu erreichen. Die von Marx im Zusammenhang mit der Entstehung des Kapitalismus beschriebene ursprüngliche Akkumulation erweist sich als dauerhafter Prozess, dessen Intensität und Brutalität global zunehmen.

Claude Serfati bezeichnet den Militarismus, der heute unter der Führung der USA mit einer durch die Kriege in Irak, Serbien/Kosovo, Afghanistan erneuerten Technologie um sich greift, als militärischen Arm der Globalisierung. Er bezieht sich auf die Arbeiten von Friedrich Engels (Anti-Dühring) und Rosa Luxemburg, die schon darauf aufmerksam gemacht haben, dass der Kapitalismus zwei organisch miteinander verknüpfte Dimensionen aufweist: eine ökonomische, in der scheinbar alles friedlich und rechtens abläuft und die Ausbeutung der Arbeitskraft hinter dem Schleier der Vertragsfreiheit versteckt bleibt, und eine politische, in der Korruption, Gewalt und Enteignung zum Tagesgeschäft gehören. Heute nimmt die Öl- und Rüstungsindustrie eine zentrale Stellung im ökonomischen und politischen Machtgefüge ein, auf das sich die Regierung von Präsident G.W. Bush bei der Konzipierung ihrer „Strategie der nationalen Sicherheit" 2001 stützt, die auf eine weltweite Verteidigung der Interessen der grossen Konzerne abzielt. An den Finanzmärkten sind die Rüstungskonzerne zudem ein privilegiertes Anlagefeld, auf dem die Gewinne durch staatliche Aufträge gesichert sind.

Zeller wirft die Frage auf, ob wir es mit einem neuen Kapitalismus und einem neuen Imperialismus zu tun haben. Er setzt sich kritisch mit den Arbeiten der französischen Regulationstheorie (Aglietta, Boyer, Lipietz u.a.) auseinander und konfrontiert diese mit älteren und neueren marxistischen Analysen. Die politischen und ökonomischen Ar-

rangements des Fordismus befinden sich in der Krise, doch die neoliberale Politik hat s. E. trotz umfassender Angriffe auf die Rechte der Lohnabhängigen und technologischer Neuerungen bislang kein neues Stadium der kapitalistischen Entwicklung und Expansion eröffnet. Die Globalisierung erscheint als Ausdruck dieser Krise und der damit verknüpften Neugestaltung des Imperialismus. Ihre Geopolitik zeichnet sich durch eine Dialektik von Integration in den Weltmarkt und Ausschlussmechanismen aus. Die imperialistischen Verhältnisse bestehen weder aus einem nebulösen „Empire" (Negri und Hardt) noch einem amerikanischen Super-Imperialismus, sondern aus Kaskaden von ineinander geschobenen Hierarchien zwischen weiterhin bestehenden nationalen Imperialismen.

Mit dem Aufstieg und Fall der *new economy* befasst sich Michel Husson. Er spricht von einem Hightech-Zyklus, der die US-Ökonomie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erfasste und an den Börsen einen „irrationalen Überschwang" (A. Greenspan) auslöste. Im Gegensatz zu den Erwartungen euphorischer Propheten eines neuen Zeitalters haben traditionelle ökonomische Zusammenhänge die Aktienkurse und (fiktiven) Gewinne auf den harten Boden der Realität zurückgeholt. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Überakkumulationskrise, aus der es keinen technologischen Ausweg gibt. Das spektakuläre Wachstum der Finanzmärkte ist vielmehr Ausdruck als Ursache dieser Krise. Die amerikanische Wirtschaft funktioniert in historisch nie gekanntem Ausmass auf der Grundlage privater und staatlicher Verschuldung und eines enormen Zustroms von Kapital aus Europa und Asien, dessen Versiegen sofort gravierende Auswirkungen zeitigen würde. Die verstärkte Tendenz des Kapitalismus, alles in eine Ware zu verwandeln, stösst an Grenzen, weil sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse zunehmend auf Dienstleistungen konzentrieren, die der Kapitalismus nicht rentabel anzubieten vermag.

Stéphanie Treillet analysiert die Auswirkungen der Globalisierung auf die Lage der Frauen in den Ländern des Südens. Die geschlechterspezifische Unterdrückung nimmt im Zuge der imperialistischen Reorganisation der Welt neue Formen an, die sich oftmals auch auf alte patriarchalische Traditionen stützen. Die Arbeit von Frauen im informellen Sektor oder in der privaten Sphäre ist auch unter diesem Aspekt zu betrachten. In der „industriellen Reservearmee" (Marx), die heute auf internationaler Ebene immer wieder neu hergestellt und ausgebeutet wird, sind die Frauen deutlich in der Mehrheit. Die Programme des Internationalen Währungsfonds (IWF) stellen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen besonders brutal infrage. Zugleich versucht die Weltbank, die Bedürfnisse der Frauen zu vereinnahmen und einem Konzept von Modernisierung unterzuordnen, das den Interessen der transnationalen Konzerne entspricht.

In seinem Beitrag zeigt David Harvey auf, dass die Geschichte des Kapitalismus durch die Suche nach raumzeitlichen Lösungsstrategien (*spatio-temporal fixes*) für das Absorbieren von immer wieder entstehenden Überschüssen an Kapital und Arbeit gekennzeichnet ist. Der Imperialismus lässt sich als Versuch begreifen, inneren Widersprüchen durch Expansion und Enteignung zu begegnen. Eine entscheidende Rolle für die räumliche und zeitliche Mobilisierung und Fixierung von Kapital kommt dem internationa-

len Finanzsystem zu. Im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Finanzmärkte ist ein mächtiger „Wall-Street-Finanzministerium-IWF-Komplex" entstanden, der weltweit eine ausserordentliche Finanzgewalt ausübt. Die Vorherrschaft der USA beruht nicht mehr auf wirtschaftlicher Stärke, sondern auf der Fähigkeit und dem machtpolitischen Willen, ihre Armeen weltweit einzusetzen, um politische Interessen und ökonomische Enteignungsprozesse durchzusetzen. Von zentraler Bedeutung ist gleichzeitig die Unterdrückung des Protests im eigenen Land, die seit Beginn des Irakkriegs März 2003 markant zugenommen hat.

François Chesnais entwickelt zur Kennzeichnung der aktuellen Phase des Kapitalismus den Begriff eines finanzdominierten Akkumulationsregimes, das sich in den USA durchsetzt und die Wirtschaft auf weltweiter Ebene zu prägen beginnt. In kritischer Auseinandersetzung mit der französischen Regulationstheorie betont er die Krisenhaftigkeit dieses Regimes und seine Verankerung in der Ausbeutung von Arbeit in der kapitalistischen Produktion und im informellen Sektor. Im Zuge der Internationalisierung und Liberalisierung der Finanzmärkte und der Schaffung von Systemen der privaten Altersvorsorge hat sich ein hochgradig konzentriertes Finanzkapital entwickelt, deren Repräsentanten sich immer mehr auf die Kommandobrücke der Weltwirtschaft zu hieven vermögen. Im Vergleich zu Lenins Analyse des Imperialismus steht nun weniger die Verflechtung von Banken und Industrie als die Vorherrschaft der Anlage- und Pensionsfonds im Zentrum. Diese fordern neue Regeln der *corporate governance* in den Unternehmen, die auf eine intensivere Nutzung der Arbeitskraft abzielen.

In einem Beitrag über die physischen Bedingungen der sozialen Reproduktion versuchen Serfati und Chesnais, die durch die globale Enteignungsökonomie entstehenden ökologischen Schäden zu analysieren. Sie skizzieren die Dynamik, die der „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur" (Marx) in der kapitalistischen Produktionsweise erlangt. Dabei wird eine Kontinuität im langen Kampf des Kapitals für die Kontrolle über die Prozesse des Lebens erkennbar, die von der Enteignung der Bauern im England des 16. Jahrhunderts durch die *enclosures* bis zur heutigen Kontrolle der Biodiversität und genetischen Ressourcen durch die Agro-Konzerne reicht. Die ökologische Krise erweist sich als Gefahr für das Leben ganzer Bevölkerungsgruppen, nicht aber für das Kapital, das mit Technologien zur Bekämpfung ökologischer Schäden wiederum neue Märkte zu erschliessen versucht.

Im abschliessenden Beitrag betont Zeller die Notwendigkeit, dass sich die sozialen Bewegungen den Herausforderungen der Enteignungspolitik des Kapitals stellen und ihrerseits die Eigentumsfrage aufwerfen sollten. Es geht darum, Formen von gesellschaftlicher Aneignung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu entwickeln. Einige Hinweise und Vorschläge dazu sind im vorliegenden Sammelband zu finden und weiterzudiskutieren.*

Peter Streckeisen

*In diesem Kontext ist u.a. auf folgende Publikationen hinzuweisen: Prokla, Heft 133: Imperialistische Globalisierung, 2003, Münster; The Socialist Register 2004: The New Imperial Challenge, edit. by Leo Panitch / Colin Leys; N. Chomsky, M.T. Klare, D. Harvey, A. Ahrnad, G. Albo et al., London.